
1319/J XXII. GP

Eingelangt am 14.01.2004

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

**der Abgeordneten Mag. Ulli Sima
und GenossInnen
an den Bundeskanzler
betreffend Ausfallhaftung für EURATOM-Kredite und der Anteil der österreichischen
SteuerzahlerInnen daran**

In Ihrer Anfragbeantwortung 1001/AB XXII.GP haben Sie auf die Frage nach Österreichs Beitrag zur Förderung der Nuklearindustrie u. a. geantwortet, dass bei EURATOM-Anleihen „zu keinem Zeitpunkt Mittel aus dem EU-Budget“ verwendet werden. Sie merken jedoch weiters, dass die „Gemeinschaft eine letztinstanzliche Ausfallhaftung“ für EURATOM-Kredite übernimmt. Das heißt wohl, dass in jenem Moment, in dem AKW-Bauer in finanzielle Schwierigkeiten geraten und ihre Schulden im Rahmen aufgenommener EURATOM-Kredite nicht mehr tilgen können, die EU, genauer genommen die EU-SteuerzahlerInnen, zur Kasse gebeten werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler nachstehende

Anfrage:

1. Welche Atomprojekte wurden in den Jahren 2000 bis 2003 von der EU mittels EURATOM-Krediten (mit)finanziert (bitte nach Jahr, Unternehmen, Ländern, konkretem Projekt und Höhe der EURATOM-Kredite aufschlüsseln)
2. Wie ist der aktuelle Stand der Rückzahlungen der Kredite in den entsprechenden Ländern, die mittels EURATOM-Krediten Atomprojekte finanzieren? Welche Laufzeiten haben diese Kredite?
3. Wurde die EU bisher zu einer Ausfallhaftung in Sachen EURATOM-Krediten herangezogen?
4. Falls ja, wann und in welcher Höhe?

5. In welchem Ausmaß wurden in diesem Zusammenhang die österreichischen SteuerzahlerInnen zur Kasse gebeten?
6. Welche Atom-Projekte stehen aktuell auf der Liste jener, die mittels EURATOM finanziert werden sollen?
7. Um welche Beträge an EURATOM-Geldern handelt es sich bei den einzelnen Projekten?

8. Finden Sie es zumutbar, dass die EU, konkret die europäischen SteuerzahlerInnen, im Falle finanzieller Schwierigkeiten von EURATOM-Kredit-Nehmern zur Ausfallhaftung herangezogen werden?
9. Falls ja, warum?
10. Falls nein, was wollen Sie unternehmen, um diese Situation zu ändern?
11. Halten Sie EURATOM-Kredite generell für gerechtfertigt?
12. Soll Ihrer Ansicht nach auch weiterhin an der einseitigen Förderung der Atomkraft mittels EURATOM festgehalten werden?
13. Sind Sie für eine Abschaffung der EURATOM-Kredite?
14. Wie werden die laut Ihrer Antwort „günstigen Refinanzierungsmöglichkeiten“ überhaupt gerechtfertigt?